

INHALT

Mieten

Ein Maßnahmenbündel soll bezahlbare Mieten sichern. **S. 2**

Müll

Eine Beteiligung an der Müllabfuhr hält die Gebühren stabil. **S. 3**

Marihuana

Die Fraktion fordert Prävention statt Kriminalisierung. **S. 4**

Neuer Umgang mit Kaisenhäusern

Intakte Kaisenhäuser sollen fortan erhalten bleiben und als Gartenlauben genutzt werden können. Bereits heute marode und unbewohnte Kaisenhäuser sollen indes noch abgerissen werden, weil diese Schrottimobilien die Attraktivität von Kleingärten beeinträchtigen. Reguläres Wohnen in Kleingartengebieten bleibt auch künftig ausgeschlossen. Das sieht ein gemeinsames Positionspapier der Regierungsfractionen vor. Diese Lösung durchbricht den Teufelskreis, dass Kaisenhäuser in gutem Zustand auf Kosten aller SteuerzahlerInnen abgerissen werden sollen und dann aufgrund fehlender Mittel des Haushaltsnotlagentandes Bremen jahrelang verrotten. Das führt zu einer Abwärtsspirale in Kleingartengebieten, die gestoppt werden muss.

Ein Positionspapier steht unter:
www.gruene-fraktion-bremen.de

Sicherheit auf Straßen erhöhen

Um die Verkehrssicherheit in Bremen zu erhöhen, kann künftig auch auf manchen Hauptstraßen ein Tempolimit von 30 km/h gelten. Exakt 24 Streckenabschnitte sind dafür im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zur Prüfung vorgesehen. „Hauptursache für Verkehrsunfälle sind in Bremen zu hohe Geschwindigkeit und zu geringer Abstand. Mit weiteren Tempo-30-Zonen lässt sich die Verkehrssicherheit erhöhen. Zugleich ist das effektiver Lärmschutz für die AnwohnerInnen“, betont der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Während nun ein Tempolimit z.B. auf der Stader Straße, St.-Jürgen-Straße, Habenhauser Landstraße, Hemelinger Heerstraße, Steffensweg, Admiralstraße, Parkallee, Burger Heerstraße, Kornstraße und einigen mehr geprüft wird, bleiben die Hauptachsen für den Wirtschaftsverkehr weiterhin davon ausgenommen. Das hielt die CDU jedoch nicht davon ab, mit markigen Worten gegen Tempo 30 für mehr Sicherheit zu wettern. In ihrem ideologischen Eifer hatten die Christdemokraten allerdings übersehen, dass sie dieser Maßnahme im VEP selbst zugestimmt hatten. Folge: peinliche Vollbremsung. „Dass die CDU nicht weiß, was sie beschlossen hat, spricht für sich. Ebenso, dass ihr der politische Anstand fehlt, sich für ihre haltlosen Anschuldigungen gegen Verkehrssenator Joachim Lohse zu

entschuldigen“, betont Ralph Saxe.

Die Grünen-Fraktion macht sich indes für die Umsetzung der zusätzlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen stark. „Je langsamer ein Auto fährt, desto kürzer ist der Anhalteweg. Tempo 30 kann die Anzahl der Unfälle deutlich verringern. Auch die Wucht des Aufpralls nimmt bei Tempo 30 erheblich ab und trägt so zur Vermeidung schwerer Unfälle bei“, erläutert der Verkehrspolitiker. Er weist zugleich darauf hin, dass der Zeitverlust bei Tempo 30 gering ist. „Für die allermeisten innerstädtischen Fahrten bedeutet das einen zeitlichen Mehraufwand von gerade mal zwei Minuten. Das sollte jedem seine eigene und die Verkehrssicherheit anderer wert sein“, unterstreicht Ralph Saxe.



Wohnen muss bezahlbar sein!



Zwar ist das Bremer Mietniveau insgesamt moderat. Wie in anderen Ballungsräumen nimmt aber auch hier in besonders beliebten Quartieren der Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt zu. Die drohende Folge: Manche BremerInnen mit geringem Einkommen können sich ihre Mietwohnung nicht mehr leisten. Damit Menschen sich ihr vertrautes Lebensumfeld weiter leisten können, muss die Mietpreis-Spirale gedämpft werden. Die Grünen-Fraktion hat sich für ein Maßnahmenbündel eingesetzt, das bezahlbaren Wohnraum in jedem Stadtteil sicherstellen soll.

Um den bisher beliebig hohen Anstieg bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen auf maximal zehn Prozent der ortsüblichen

Vergleichsmiete zu begrenzen, setzt Bremen in der ganzen Stadt die Mietpreisbremse um. Bei bestehenden Mietverträgen darf die Erhöhung fortan höchstens 15 statt bisher 20 Prozent innerhalb von drei Jahren betragen. Nicht zuletzt hat die Fraktion eine Sozialwohnungsquote von 25 Prozent initiiert. Ein wichtiger Bestandteil ist ebenso der konsequente Neubau von gut 1300 Wohnungen pro Jahr. „Dieser Mix kann dazu beitragen, den Wohnungsmarkt zu entspannen und den Anstieg der Mieten abzumildern. Bremen muss eine Großstadt mit sozial gemischten Quartieren bleiben. Dafür muss bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen selbstverständlich auch in besonders gefragten

Stadtteilen sichergestellt sein“, unterstreicht der baupolitische Sprecher Carsten Werner.

Die Grünen verweisen auf über 40 Standorte im bereits erschlossenen und versiegelten Stadtgebiet, an denen peu a peu zusätzliche Wohnungen entstehen sollen. Auch im Büro- und Gewerbebestand ließe sich noch einiges an Umwandlung in Wohnungen bewegen.

„Für die Zerstörung von Grüngebieten und Frischluftschneisen wie der Osterholzer Feldmark oder auch der Ochtumniederung in Brockhuchting besteht hingegen keine Notwendigkeit. Die Bebauung wertvoller Grünareale am Stadtrand ist mit uns nicht zu machen“, bekräftigt Carsten Werner.

Güterbahnhof dauerhaft absichern

Rund 200 freischaffende KünstlerInnen, MusikerInnen, Theaterleute, verschiedene Ateliers, Studios, Bühnen und Veranstaltungsräume sowie eine Klettersporthalle: Der ehemalige Güterbahnhof hat sich zu einem kulturellen Knotenpunkt entwickelt. Doch das gut neun Hektar große Areal befindet sich seit 17 Jahren formal immer noch in einer Zwischennutzung. Die Grünen-Fraktion will die kulturelle und

kreativwirtschaftliche Nutzung nun mit einem Parlamentsantrag dauerhaft absichern.

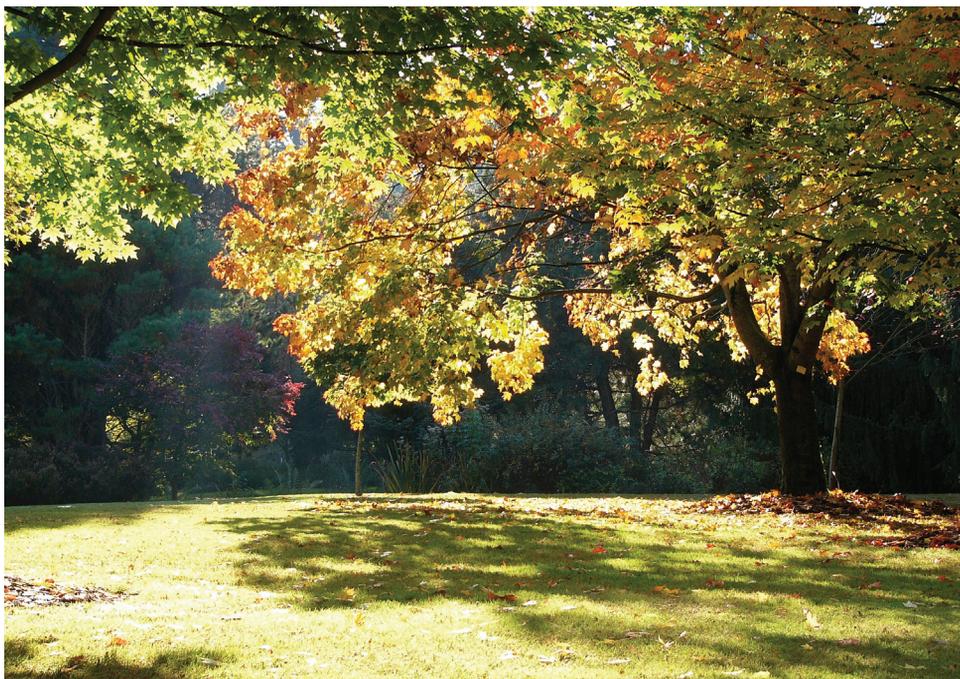
Der Senat ist damit gefordert, gemeinsam mit den NutzerInnen ein Konzept für die Zukunft des Geländes zu erarbeiten. Neben der Absicherung als kulturelle Stätte soll das Areal auch behutsam fortentwickelt werden. So kann das Güterbahnhof-Areal z.B. mit neuen Wegeverbindungen zum Übergang zwischen City und Bremer Westen werden.

„Wir wollen den NutzerInnen des Güterbahnhofes eine dauerhafte Perspektive bieten. Dieses besondere Ambiente von Kulturschaffenden gilt es abzusichern. Zugleich soll die dahinter gelegene Brache für gemeinwohlorientierte Nutzungen wie z.B. eine Solarenergie-Initiative oder eine Hundefreilauffläche weiterentwickelt werden“, so der kultur- und stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner.

Entscheidungsfreiheit gestärkt

Die Bremische Bürgerschaft hat auf Initiative der Grünen-Fraktion die Entscheidungsfreiheit des Individuums über den Tod hinaus gestärkt: Fortan können BremerInnen ihre Totenasche auf dem eigenen Grundstück oder dafür ausgewiesenen öffentlichen Flächen ausstreuen lassen. Damit lockert Bremen den Friedhofszwang so weitgehend, wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. „Mit dieser Lockerung des Friedhofszwangs setzt Bremen einen Meilenstein. Die Gesetzesnovelle respektiert den letzten Wunsch der Verstorbenen und wahrt zugleich ihre Würde sowie die Pietät“, betont die stellv. Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Die Stärke der Regelung liegt darin, dass sie sich ganz auf den Willen der bzw. des Verstorbenen beruft. Nur wenn die bzw. der Verstorbene zu Lebzeiten schriftlich verfügt hat, an welchem Ort das Ausstreuen der Asche gewünscht wird, ist diese Form der letzten Ruhe zulässig. Außerdem muss vorab eine Person zur Totenfürsorge benannt werden, die beim Verstreuen einen pietätvollen Rahmen sicherstellt. Beide Voraussetzungen sorgen dafür, dass im Sinne der verstorbenen Person gehandelt wird. Beim Ausstreuen auf privatem Grund dürfen benachbarte Grundstücke nicht beeinträchtigt werden und die



Beisetzung darf nicht gegen Entgelt erfolgen. Einem unwürdigen ‚Asche-Tourismus‘ wird mit der Bedingung vorgebeugt, dass die bzw. der Verstorbene seinen letzten Wohnsitz in der Stadt Bremen hatte. Bei Sozialbestattungen bleibt das Wahlrecht zwischen Erd- und Feuerbestattung bestehen, um die freie Entscheidung sicherzustellen.

„Immer mehr Menschen wollen ihre Asche an einem Ort verstreut wissen, dem sie sich verbunden fühlen. Eine solche Entscheidung wird sicher nicht getroffen, ohne nahestehende Angehörige einzubeziehen. Diese Reform schafft ein Zusatzangebot. Traditionelle Bestattungsrituale werden gleichwohl Bestand haben“, so Maike Schaefer.

Stabile Müllgebühren als Maßstab

BremerInnen müssen auch künftig auf stabile Müllgebühren und eine zuverlässige Müllabfuhr vertrauen können. Das ist für die Grünen-Fraktion in der Debatte um die Zukunft der Bremer Abfallwirtschaft ein zentraler Maßstab. Zugleich wollen die Grünen durch mehr staatlichen Einfluss eine ökologisch effiziente Verwertung und Entsorgung von Haus-, Bio- und Sperrmüll sowie die faire Entlohnung für die Beschäftigten erreichen. Die Fraktion fordert deshalb ab 2018 eine Beteiligung der Stadt an der Bremer Abfallwirtschaft.

Bei einem Beteiligungsmodell sollen die verschiedenen Leistungsbereiche wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, Recyclinghöfe, Winterdienst oder auch die Deponie unter einem kommunalen Dach gebündelt werden. Unter diesem Dach strebt die Fraktion für die verschiedenen Entsorgungs- und Reinigungsaufgaben Gesellschaften mit Beteiligung von Privatfirmen an. Für die Beteiligungen ist ein Ausschreibungsverfahren



vorgesehen. „Die Große Koalition hat 1998 die Müllentstorgung und Teile der Stadtreinigung gegen den Willen der Grünen komplett privatisiert. Damit sind die gesamte Infra-

struktur und das Know-how für die Stadt verloren gegangen. Wenn wir die Gebühren auch für die vielen BremerInnen mit schmalen Geldbeutel bezahlbar halten wollen, müssen wir die Kosten in Schach halten. Gut 60 Millionen Euro fallen bei einer überstürzten Komplettübernahme an, die von den Gebühreneinzahlern berappt werden müssten. Die Verbindung von Stadt und Unternehmen bringt zunächst die meisten Vorteile für die BürgerInnen“, betont die stellv. Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Ein Beteiligungsmodell ermöglicht maßgeblichen Einfluss der Stadt auf Gebührenstabilität und verbesserte Umweltstandards und trägt zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Zudem bietet das Modell höhere Effizienz, steuerliche Vorteile und eine Beteiligung der Stadt am Ergebnis.

Ein ausführliche Positionspapier zum Thema steht unter: www.gruene-fraktion-bremen.de.

Umdenken in der Drogenpolitik

Prävention statt Kriminalisierung



Rund 2000 Fälle von bloßem Besitz bzw. Erwerb von Cannabis beschäftigen die Bremer Polizei und Justiz pro Jahr. Der Erfolg dieser Verbotsstrategie ist jedoch gleich null, da Cannabis nach wie vor die am häufigsten konsumierte illegale Substanz ist. Die Grünen-Fraktion fordert nun ein Umdenken in der Drogenpolitik.

Die Kriminalisierung der Konsumierenden von weichen Drogen wie Cannabis schreckt kaum jemanden ab, fördert organisiertes Verbrechen und bindet auch in Bremen Ressourcen von Polizei und Justiz, die für die Verfolgung schwerer Straftaten hilfreich wären. Nicht zuletzt vereitelt die restriktive Drogenpolitik einen wirksamen Jugendschutz. Der Staat gibt derzeit neunmal mehr Geld für die Strafverfolgung von Cannabis-Delikten als für Aufklärung unter Jugendlichen und für Gesundheitsfürsorge.

„Drogenkonsum kann sehr problematische gesundheitliche Folgen haben. Aber die aktuelle Gesetzeslage führt nicht zu einem ausreichenden Gesundheitsschutz. In der Drogenpolitik ist ein Paradigmenwechsel nötig: weg von der Kriminalisierung, hin

zu mehr Suchtprävention und Aufklärung“, betont die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther.

Da der Großteil der repressiven Drogenpolitik durch die Bundesgesetzgebung festgelegt ist, fordert die Grünen-Fraktion die Einsetzung einer Expertenkommission auf Bundesebene. „Die Kommission soll die aktuelle Gesetzeslage auf den Prüfstand stellen und wissenschaftlich begründete Änderungen vorschlagen“, so Kirsten Kappert-Gonther.

Sinnvoll wäre aus Sicht der Gesundheitspolitikerin zunächst die Legalisierung der medizinisch verordneten Einnahme z.B. bei SchmerzpatientInnen, denn Cannabis lindert die Schmerzen. In Deutschland können drei Medikamente auf Cannabisbasis auf einem Betäubungsmittelrezept verschrieben werden. Die Betroffenen müssen die häufig sehr teuren Behandlungskosten aber meistens selbst tragen. Die Folge: Viele PatientInnen sind heute mangels erschwinglicher Alternativen gezwungen, sich illegal mit Cannabisprodukten selbst zu therapieren. „Schwerkranke sollten unabhängig von ihren wirtschaftlichen Verhältnissen einen Zugang zu Cannabisprodukten erhalten“, unterstreicht Kirsten Kappert-Gonther. Neben der regulierten Freigabe bei medizinischer Indikation strebt die Fraktion auch eine streng regulierte Freigabe für erwachsene KonsumentInnen sein. „Dabei hat der Jugendschutz oberste Priorität und muss jederzeit gewährleistet sein“, so Kirsten Kappert-Gonther.

Information ist kein Gnadenakt

Mit dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (IFG) haben BürgerInnen das Recht auf Auskünfte der Verwaltung. Viele Dokumente können bereits im Internet aus dem Bremischen Informationsregister abgerufen werden. Das reicht von Beschlüssen des Senats und der Deputationen über Verordnungen bis zu Zuwendungen. Damit das Handeln von Verwaltung und Politik noch transparenter wird, hat die Bürgerschaftsfraktion eine Gesetzesreform auf den Weg gebracht.

Die Kernpunkte der geplanten Reform: Behörden müssen die Dokumente künftig unverzüglich veröffentlichen – bisher lag das in ihrem Ermessen. Außerdem sieht die Novelle vor, die Veröffentlichungspflichten

zu erweitern. So sollen BürgerInnen fortan auch Einblick in alle Verträge ab 100.000 Euro bzw. bei Gutachterverträgen bereits ab 5000 Euro erhalten oder auch wesentliche Regelungen von Baugenehmigungen erfahren. Nicht zuletzt sollen bislang separat publizierte Informationen zu Umwelt- und Verbraucherschutzdaten ins Informationsregister überführt werden, damit BremerInnen sich zentral erkundigen können.

„Umfassende Auskunft ist ein selbstverständlicher Service und kein Gnadenakt. Der Staat muss gläsern sein, nicht die BürgerInnen. Mit diesem Gesetz stärken wir die Informationsrechte der BremerInnen und die Kontrolle staatlichen Handelns“, betont der zuständige Bürgerschaftsabgeordnete Mustafa Öztürk.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen